



Mitteilungsblatt Juni 2011

Liebe Mitglieder,
sehr verehrte Damen und Herren,

dieses Informationsblatt unseres Vereins erscheint in der Zeit wichtiger Ereignisse in Görlitz. Wir wollen unseren Mitgliedern Informationen geben, die für die Beurteilung und Entscheidung anstehender Probleme wichtig sind. Unsere Bitte ist:

Unterstützen Sie unsere Arbeit dadurch, dass Sie diese Informationen weitergeben oder uns wissen lassen, wer an diesem Mitteilungsblatt Interesse haben könnte.

- Inhalt:**
- 1. Blühendes Görlitz**
 - 2. Zenit überschritten – ein Abgesang**
 - 3. Von der 38. Stadtratssitzung**
 - 4. Eine falsche Antwort auf eine falsche Frage**

1. Blühendes Görlitz

Wer in Görlitz war und nicht die Zeit der Magnolienblüte erlebt hat, der kennt die Stadt nur zu einem Teil. Und wer nie den Weg zum Schellerpark genommen hat, wenn die Rhododendren blühen, der weiß nicht, dass es in Görlitz neben einer lebendigen, sich im Licht wunderbar wandelnden Architektur eine Pracht gibt, die an die Blumen Paul Gerhardts erinnert: „Die ziehen sich viel schöner an als Salomonis Seide“.

Auch in diesem Jahr haben wir die verschwenderische Schönheit der vielen Magnolien – manche nennen sie Tulpenbäume – mit ihren hellrosa Blüten bestaunt. Fuhr einer durch die Straßen von Görlitz, dann meinte er, es gehe von Hochzeit zu Hochzeit – so viel prachtvolles Weiß.

Und in diesen Wochen folgten in nicht minderer Schönheit die Rhododendren. Der griechische Name ist eine Übersetzung für Rosenbaum. Seine Blüten zeigen überwiegend dunkles Rot bis Violett, also sehr vornehm, wie man früher in Görlitz spöttisch, aber trotzdem stolz sprach.

Vierzig Jahre Diktatur haben der Schönre0ig Jahr0D.w.0010 TD.0002 Tc.218 Tw[d v)-48(i)2.4(e

Heute ist das Fernsehen eine selbstverständliche Informationsquelle. Die Freiheit der Medien ist das nirgendwo bestrittene Grundgesetz des politischen Lebens. Und die letzten Monate haben weltweit gezeigt, wie vorteilhaft ihre Nutzung ist. Überall wächst die Tendenz, alles politische Entscheiden öffentlich zu machen. In Dresden wurde, um dieses Bemühen bildhaft zu zeigen, ein „gläserner Landtag“ gebaut.

Nur in Görlitz gehen die Uhren anders. Dr. Weidle (BfG) und CDU versuchen den Krebsgang rückwärts. In Görlitz ist die Mehrheit (CDU/ BfG) gegen die Transparenz des politischen Geschäftes für die Öffentlichkeit. Der Antrag von „zur Sache!“/ SPD dazu wurde von der Koalition CDU/ BfG vor wenigen Monaten abgelehnt. Die gleichen Fraktionen wehrten sich zunächst auch dagegen, dass Kandidaten für den Aufsichtsrat des Klinikums vor der Wahl auf ihre Eignung hin vom Stadtrat geprüft werden. Diese Wagenburg-Mentalität krönte Dr. Weidle (BfG) nun auf dem 38. Stadtrat mit dem Antrag, die Unterstützung der unkommentierten live-Berichte von eRtv über die Stadtratssitzungen habe die Stadt abzustellen. Das Monopol über die (ver)öffentlich(t)e Meinung sollte nunmehr endlich in einer Hand liegen.

Damit ist eine Grenze überschritten, die in jedem frei denkenden Menschen Herzrasen auslösen muss.

„zur Sache!“ hat wiederholt auf das rückwärts gewandte Denken Dr. Weidles hingewiesen. Dr. Weidle (BfG) gehört zum Urgestein der Görlitzer Politik und ist sich seit 30 Jahren in seinem unveränderten Denken treu geblieben (wenngleich sein Handeln gelegentlich von kurzfristigen „Überzeugungen“ geprägt ist). Viel Zuverlässiges kann man über seine politische Biographie (und nur die interessiert) nicht erfahren. Er war der letzte Chef des Gesundheitsamtes vor der Wende, schon damals eine sehr hohe Position in der Stadt, dazu im Aufsichtspersonal der letzten DDR-Wahlen, die in Görlitz zu mächtigen Bürger-Protesten geführt hatten. Mehr ist an Zuverlässigem nicht zu erfahren. Das Stadtarchiv bewahrt zwar über jeden Stadtrat eine Akte, die sein öffentliches Wirken dokumentiert – die Akte Dr. Weidles ist aber nach der Wende verschwunden. In dieser Zeit reiste Dr. Weidle auf dem Ticket der SPD, die aber, voller Misstrauen, seinen Rezepten nicht folgen wollte. So gründete er seine eigene Wählervereinigung: Bürger für Görlitz.

„zur Sache!“ ist seit ihrem Bestehen bemüht, die politischen Absichten Dr. Weidles aufzuzeigen. Sein gesamtes politisches Agieren muss auf das Bemühen zurückgeführt werden, die Sächsische Gemeindeordnung - zumindest für Görlitz - zu verändern. Das Gesetz will die Arbeit im Stadtrat zwischen zwei gleichwertigen Kräften (Oberbürgermeister mit Verwaltung und demgegenüber der Stadtrat) in der befreienden Pflicht zur Selbstbindung aufteilen. Dr. Weidle will es anders. Das beweisen die vor Kurzem erfolgten Veränderungen der Hauptsatzung der Stadt durch CDU und BfG, die wichtige Funktionen aus dem Oberbürgermeisteramt herauslösen und auf eine dadurch autoritäre Befugnis erlangende Gruppe von Stadträten unter seiner Leitung verlagern.

Der Öffentlichkeit wird sein Wirken als zwanzig Jahre wählender Versuch in Erinnerung bleiben, alle bisherigen Oberbürgermeister der Stadt zu stürzen oder wenigstens in ihrer Arbeit zu behindern, eine für Görlitz teure Beschäftigung.

In diesem Bemühen stört ihn nun die zunehmende Kritik Görlitzer Bürger. Seine Ziele lassen sich in Hinterzimmerbeschlüssen besser durchsetzen. Deshalb nun der erneute Versuch, die gnadenlos ehrlichen Live-Übertragungen dauerhaft zu unterbinden.

Aber dieses Bemühen wird auch im eigenen Lager (CDU/ BfG) zunehmend kritisch gesehen. Die Ersten verlassen sein sinkendes Schiff. Absichtsvoll wird hier nicht jenes völlig falsche Sprichwort benutzt, das in dieser Situation nahe liegt. Denn nur die Klugen verlassen ein sinkendes Schiff, die Dummen bleiben. Der Antrag, die Mittel für die Fernsehübertragungen zu löschen, wurde durch die Mehrheitskoalition CDU/ FDP, BfG/ Grüne eingereicht. Der Antrag wurde trotzdem mit 14:15 Stimmen vom Stadtrat abgelehnt.

Bemerkenswert: Bei der Abstimmung enthielt sich der Fraktionsvorsitzende der CDU der Stimme, obwohl er doch selbst diesen Antrag mit eingereicht hatte.

Dazu ist kein Kommentar mehr nötig. Nur ein Nachtrag, da ja einer Tragödie meist eine Komödie folgt. Am Ende aller Abstimmungen während des 38. Stadtrates beantragte Dr. Weidle, dass die renovierenden Arbeiten am Rathaus bis zum Ende aller anderen Arbeiten auszusetzen sind. „Jetzt wollte er dem OB noch einmal eins auswischen“, sagte mir später ein Gesprächspartner. Ich konnte ihn beruhigen. „Der frühe Vogel fängt den Wurm“ sagt das Sprichwort. Ich bin ganz sicher, der Oberbürgermeister wird eine Möglichkeit finden, unsere Touristen vor vom Rathhausturm herabfallendem Putz zu schützen und auch dafür sorgen, dass kein weiteres der rückwärtigen maroden Rathausfenster aus dem Rahmen fällt.

3. Von der 38. Stadtratssitzung

Der Stadtrat tagte am 26. Mai von 16.15 bis 23.30 Uhr, also etwa 7 Stunden lang. Und am Schluss waren sich wohl alle in der Frage einig: Muss es so lange sein? Aber dazu ist inzwischen genug gesagt, das viele Unnötige im Ablauf belacht und kritisiert worden.

Ärgerlich auch wieder das nur noch sinnlos zu nennende Tricksen mit der Tagesordnung. Noch vor kurzem hatte der Fraktionsvorsitzende der CDU erklärt, die Änderung der Tagesordnung in der Stadtratssitzung sei für den Bürger ärgerlich und solle die Ausnahme bleiben.

Deshalb wieder die Meldung, dass in Görlitz Ausnahme die Regel ist. Etwa eine Woche vor der Stadtratssitzung stellte der Fraktionsvorsitzende der CDU für die Koalition im Ältestenrat den Antrag, die vom OB an den Anfang gesetzte Haushalts-Diskussion weiter an das Ende der Sitzung zu verlegen. Das befolgte der Oberbürgermeister mit dem ernsthaften Hinweis, dass sei der Wichtigkeit dieses Tagesordnungspunktes keinesfalls angemessen. Aber sei es drum. Eine Woche später kam dann zu Sitzungsbeginn im Auftrag des gleichen Fraktionsvorsitzenden der Antrag, es solle wieder alles umgekehrt werden. Natürlich stellt sich da die Frage, ob hier ernsthaft nachgedacht wird. Der CDU-Sprecher entschuldigte dieses unerklärbare Vorgehen so: „Eine Woche vor der Sitzung hat der Fraktionsvorsitzende nicht die Autorität, die Tagesordnungspunkte ohne die Fraktion zu vereinbaren.“ Das gibt Auskunft über den Zustand in der CDU, stellt aber auch die Frage nach dem Sinn der Arbeit des Ältestenrates.

Die Kritik am Haushaltsentwurf des Oberbürgermeisters zeigt die Absichten der Stadträte für die kommenden Haushaltsjahre. Im Folgenden deshalb die inhaltliche Aufzählung der Änderungsanträge von CDU und BfG, die wir nicht mittragen konnten:

Der Zuschuss zum Görlitzer Kulturservicegesellschaft soll in beiden Haushaltsjahren jeweils um weitere 73.650 EUR erhöht werden. Diese Erhöhung wurde mit der Mehrheit der Stimmen von CDU/ BfG durchgesetzt, ohne dass gleichzeitig eine Leistungserhöhung gefordert wurde oder wenigstens die Mitteilung, wofür das Geld gedacht sei. Damit steht dieser Gesellschaft mithin pro Jahr rd. eine Viertel Mio.EUR zur Verfügung. Da ist es doch sinnvoll, darauf hinzuweisen, dass in der Kulturservicegesellschaft mbH Aufsichtsratsvorsitzender Herr Ursu, Betriebsratsvorsitzender des Theaters und als solcher damals wie heute sehr eng mit Dr. Wieler, ehemaliger Intendant des Theaters, jetziger Aufsichtsratsvorsitzender des GHT und heutiger Kulturservice-Chef, ist. „zur Sache!“ meint, dass 5 Vollkräfte und 2 Halbtagskräfte, dazu eigene Räume in der Brüderstraße (Galerie Klinger) eher zu viel sind, um die wirklich nicht zahlreichen und immer wieder gleichförmig ablaufenden städtischen Veranstaltungen zu organisieren. Private könnten das wesentlich effektiver und billiger.

Dasselbe gilt für das ViaThea und das Musiktheater. Gerade hatten wir gemahnt, die heillose Finanzstrategie von ViaThea und Musiktheater von Grund auf neu zu gestalten. Wir hatten nachgewiesen, wie leichtfertig mit dem Geld in der Finanzierung allein des Opernballs umgegangen worden ist. Einzige Antwort von CDU und BfG: Kraft ihrer Mehrheit erhöht man den Zuschuss ans ViaThea für 2012 von 41.250 EUR auf 61.250 EUR und als Bonbon für den Oberbürgermeister, er solle bei der Sparkasse Oberlausitz-Niederschlesien weitere 20.000 EUR als Spende einwerben. Er habe schließlich für 2011 so kurzfristig und unbürokratisch von dort mal eben 10.000 EUR erbitten können, dann muss doch nächstes Jahr das Doppelte drin sein. Wir hoffen doch, dass diese für CDU/BfG äußerst bequeme Mittelbeschaffung zu Gunsten der Kulturlobby nicht auch für den nächsten Opernball ausprobiert wird. Geduld und Geberlaune der Sparkasse sind sicher endlich – wenn man sie überstrapaziert. Und die des Oberbürgermeisters gewiss auch.

In unserer Erklärung zum Haushalt hatten wir darauf hingewiesen, dass der konsumtive Teil des Haushaltes nicht nur zu etwa 90 % wegen fester Verpflichtungen dem Zugriff des Stadtrates mehr oder weniger entzogen ist. Auch die restlichen 10 % werden in jedem Jahr recht ähnlich vergeben – eigentlich eine Ungerechtigkeit gegenüber den Nicht-Bedachten. Wir waren der Meinung, dass es an der Zeit sei, alle finanzielle Unterstützung auf die Effektivität und das Wirken für die ganze Stadt erneut zu prüfen. Wer benötigt keine Unterstützung mehr, wen sollte die Stadt dafür stärker unterstützen? Hier wird es noch zu weiteren Gesprächen kommen. Frau Schwarze (SPD) hat uns zugesagt, unsere Bitte, auch die segensreiche Arbeit der Bahnhofsmision unter die unterstützenden Fittiche der Stadt zu bringen, durchzusetzen. Wir werden davon berichten. Das Gleiche gilt für die zukünftige Jugendarbeit, auf die wir ein oder besser zwei Augen richten werden.

Die Kreisumlage soll nach Vorstellung von CDU und BfG anstelle mit 28,0 lieber mit 29,5 % kalkuliert werden. Die dadurch entstehende millionenschwere Ausgabenerhöhung soll durch ein Personalentwicklungskonzept (auf Deutsch: Entlassungen) kompensiert werden. Auf diese Kreisumlage ging unsere Haushaltsrede gesondert ein (nachzulesen unter www.zursachegoerlitz.de). Deshalb soll hier nur unser Ärger über das volkswirtschaftliche Unvermögen und das kurze Gedächtnis der Antragsteller stehen. Hatten sie doch während der Debatte zur Haushaltskonsolidierung im Frühjahr 2010 mit ihrer Mehrheit den OB gehindert, mit den Gewerkschaften über die Fortsetzung eines Haustarifvertrages oder hilfsweise über einen Notlagentarifvertrag zu verhandeln – das hätte uns und den Angestellten dieses Problem erspart. Hier haben wir wieder ein mustergültiges Beispiel dafür, dass Stadträte, die volks- bzw. betriebswirtschaftliche Wirkungsweisen nicht erfassen können oder wollen, eben nicht die Konfrontation mit dem OB und der Verwaltung suchen sollten, sondern die Zusammenarbeit. Vorausgesetzt, man zielt nicht von Anbeginn auf einen so genannten Zirkelschluss, bei dem das Ergebnis bereits durch die Schaffung entsprechender Voraussetzungen festgelegt wird.

Fatal ist auch der Antrag zum Vermögenshaushalt: Der OB möge einen **L e e r t i t e l** (also eine Haushaltsstelle ohne finanzielle Ausstattung) im Haushalt einrichten, um unsere Bewerbung „Welterbe“ vorwärts zu bringen. Vor kurzer Zeit wurde der OB von den gleichen Antragstellern gerügt, es passiere in dieser Sache zu wenig. Jeder hat eine Vorstellung, wie viel Vorarbeit eine solche Bewerbung mit sich bringt. Soll sie von der Verwaltung in abendlicher Heimarbeit unentgeltlich ausgeführt werden? Oder ist das wieder eines der verborgen gelegten Fangeisen Dr. Weidles für Verwaltung und OB, um für die kommende Wahlzeit Argumente wachsen zu lassen?

Es gibt Dinge, da reicht kein Kopfschütteln. Da kann man nur noch in Gelächter ausbrechen oder, das liegt hier näher, in Tränen. Denn es geht ja um keine Kleinigkeit, es

geht um den Haushalt der Stadt Görlitz. CDU wie BfG beantragten also auch gemeinsam einen Leertitel „Stadion der Freundschaft“. Das solle wie eine Mahnung wirken, dieses Stadion gehört verbessert. Aber nicht heute und morgen.

Großes Staunen aber, als CDU und BfG erfuhren: Diesen Leertitel gibt es schon längst! Und er wartet auf seine Belegung – mit Zahlen, nicht mit Nullen. Das zeigt eine nicht erlaubte Ahnungslosigkeit der Antragsteller über Angelegenheiten, die sie allein entscheiden wollen. Auch diese Blamage hätte man sich erspart, wenn es im Vorfeld eine Zusammenarbeit mit OB und Verwaltung gegeben hätte. CDU/BfG wählten die Blamage. Unter diesen Umständen sind wir doch mehr als froh darüber, dass sich am Ende eine Mehrheit des Stadtrates für unseren Antrag, zunächst einmal 50.000 EUR für die Welterbe-Bewerbung bereitzustellen, finden ließ.

Die Art, wie dieser Haushalt vorberaten worden ist, zeigt erneut, dass der Weg, im Hinterzimmer Änderungen auszuhecken, der Falsche ist. Gegenseitige Information über Wünsche und deren Möglichkeiten oder falsche Vorstellungen über Aufgaben im Haushalt können nur im offenen Gespräch mit OB und Verwaltung ausgeräumt werden. Es bleiben noch genug unterschiedliche Vorstellungen vom richtigen Weg, die dann in der öffentlichen Haushaltsberatung durch Mehrheiten entschieden werden müssen.

Unsere Anträge finden sich, wie bereits erwähnt, in unserem Portal unter www.zursachegoerlitz.de. Zwei Kommentare sind uns wichtig:

Zur großartigen Silhouette der Stadt Görlitz gehören die drei Kirchen: Frauenkirche, St. Jakobus und Lutherkirche. Diese Gebäude gehören nicht nur den etwa 25 % Christen in Görlitz und dem Blickfang der Touristen. Nein, diese Kirchen sind geistiges Eigentum aller Görlitzer. Es gibt deshalb auch nur eine Antwort, ob man sie erhalten und renovieren soll: Selbstverständlich!

Mirko Schultze (Die Linke.) gab seine Zustimmung dazu mit Worten, die ich nur im Nationalsozialismus oder in der DDR erwartet hätte, nicht in einem Staat, in dem auch Minderheiten geachtet und pfleglich behandelt werden. Er meinte: Wenn der Hausherr (Gott) es nicht mehr schafft, seine Kirchen zu erhalten, dann werden es die Linken tun.

Bei solchen Worten kommt unwillkürlich der Erntewagen aus DDR-Zeiten in den Sinn: „Ohne Gott und Sonnenschein fahren wir die Ernte ein“, ebenso auch Heines Gedicht von Belsazar. Hier nur eine notwendige Antwort: Dieser Gott der Liebe, den Mirko Schultze hier anspricht, hat Hitler, Stalin, Ulbricht und Honnecker überlebt. Es ist ganz sicher, er wird auch Mirko Schultze überleben.

„zur Sache!“ scheut sich nicht, auf veränderte Situationen mit neuem Nachdenken zu reagieren, auch bereit zu sein, alte Entscheidungen zu revidieren. Mit einer Ausgliederung der Kindertagesstätten geht auch eine 10 %ige Gehaltskürzung der Kindergärtnerinnen einher. Wir wollten diese Entscheidung des Stadtrates aus 2010 nun rückgängig machen, weil wir beobachten, wie schwer wir es in Zukunft haben werden, geeignetes Personal zu finden. Deshalb wollten wir unsere Chancen als Arbeitgeber durch einen verminderten Entgeltanreiz nicht weiter verschlechtern. Voller Emphase stellte sich Dr. Wieler diesem Vorschlag entgegen. Er unterstützte die Weigerung von CDU/BfG, dies zu beschließen. Lautstark verlangte er eine Gleichbehandlung aller bei den Kürzungen (im Gegensatz zum Kulturservice, der mal eben leichtfertig einen höheren Zuschuss erhalten soll – siehe S. 3). Merkwürdig! Ich erinnere mich, dass ihm dieses Argument nicht einfiel, als wir in der Haushaltsicherung auch eine solidarische Kürzung der Gelder für die Stadträte verlangten.

4. Eine falsche Antwort auf eine falsche Frage ...

... und das alles auf einer Zeitungsseite. Am 17. Mai schaffte das wieder unser Herr Beutler in der SZ. Eine lange Spalte links (also der Seite, die der Leser zuletzt betrachtet) nennt zahlreiche kriminelle Ereignisse in Görlitz und die polnischen Täter. Alles so unerfreulich, dass es hier nicht noch einmal aufgezählt werden soll. Und auf der rechten Seite des gleichen Zeitungsblattes steht in großen Lettern die Frage (und die sollte der Leser wohl zuerst lesen): Warum feiert Görlitz nicht mit Zgorzelec?

Nebenher: Da wird uns empfohlen, dass wir endlich polnisch lernen sollen und beanstandet, dass Görlitz kein gemeinsames Schul- oder Kita-Programm mit Zgorzelec anstrebt (- dabei sind Herrn Beutler ganz sicher die vielen Überlegungen und Versuche dazu bekannt). Den Schluss des Aufsatzes krönt eine sehr eigenwillige Darstellung von Ereignissen um die Hochwasserflut nach dem Staudammbruch der Witka, eine Darstellung natürlich auf Kosten der deutschen Seite.

Alles erinnert an einen Witz, der vor 30 Jahren in Görlitz kursierte. Die SED setzte mit Strafandrohung eine Sprachregelung durch, unsere östlichen Nachbarn seien unsere Brüder. Und erstmals gab es (im Witz) völlige Zustimmung der Bevölkerung: Natürlich sind das unsere Brüder - denn Freunde könnten wir uns aussuchen.

So wiederholen sich heute Pressionen, unter die uns wieder die sogenannten Inhaber der öffentlichen Meinungsmacht zwingen wollen, kaum dass 20 Jahre vorbei sind. Ihnen sei geantwortet:

Eine Zeitung, die in der politischen Homogenität einer Stadt das Ideal sieht, fordert eine Gemeinschaft der Unfreiheit.

Uns vorzugaukeln, in einer von Konflikten gekennzeichneten Gesellschaft müsse gerade in Görlitz ein konfliktfreier Raum völliger Brüderlichkeit geschaffen werden, übt auf den Einzelnen einen Druck zur Anpassung an die „allgemeine“ Meinung (d.h. die Meinung des Redakteurs) aus. Das bedeutet das Ende jeder persönlichen Meinungsfreiheit.

Vielleicht ist die wichtigste Aufgabe einer demokratisch verfassten Bürgerschaft, die Bürger zu sensibilisieren, dass Demokratie Unterschiede zulässt, ja von ihnen lebt. Es darf keinen moralischen Verallgemeinerungszwang geben. Eine freie Gesellschaft erlaubt jedem Bürger einen großen, aber – wie wir sehen – immer auch gefährdeten und neu zu erkämpfenden Freiraum der privaten Entscheidung.

Ihr Dr. Gleißner